

# EURACTIV

## NACH DER KRISE: AUF DER SUCHE NACH JOBS

SPECIAL REPORT | 15 - 19 JAN. 2018  
<http://eurac.tv/9vWG>



Mit der  
Unterstützung von



## NACH DER KRISE: AUF DER SUCHE NACH JOBS

SPECIAL REPORT | 15 - 19 JAN. 2018  
<http://eurac.tv/9vWG>

*Nach fast acht Jahren Wirtschaftskrise in Europa stellt sich die Frage: Wie weiter?*

*In Brüssel und in den EU-Hauptstädten wird diskutiert, wie die wirtschaftliche Erholung genutzt und mehr Menschen in Arbeit gebracht werden können.*

*EU-Politiker haben bereits eine Reihe an Initiativen auf den Weg gebracht, um die Arbeitslosigkeit, insbesondere unter jungen Leuten, zu bekämpfen. Beispiele dafür sind die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen und die Jugendgarantie.*

*Die Frage ist: Werden diese Initiativen von Erfolg gekrönt sein?*

# Inhalt

.....

Jugendarbeitslosigkeit: Die EU muss den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen	4
Was, wenn die Jugend die Wirtschaftsrealität in der EU ändern könnte?	6
„Verstöße gegen das Arbeitsrecht im Rahmen der EU-Jugendinitiative sind nicht hinnehmbar“	8
Die duale Berufsausbildung in Deutschland – Blaupause für Europa?	10
Forschung und Bildung: „Verlorenes Jahrzehnt“ vermeiden	12

# Jugendarbeitslosigkeit: Die EU muss den wirtschaftlichen Aufschwung nutzen

.....

Von Jorge Valero | EURACTIV.com / Übersetzt von Tim Steins



Junge Menschen bei einer Demonstration gegen die EU-Austeritätspolitik in Madrid im Jahr 2013. [Adolfo Lujan]

**T**rotz positiver Entwicklungen sieht sich die EU nach wie vor niedrigen Investitionen, hoher Jugendarbeitslosigkeit und sozialen Brüchen in der gesamten Union gegenüber.

Vergangenen November hatte die Europäische Kommission die höchsten Wachstumsraten seit der

Finanzkrise 2007/2008 angekündigt. Die EU-Exekutive korrigierte ihre Vorhersagen für 2017 und 2018 nach oben.

Auch die Arbeitslosigkeit sinkt weiter. Sie steht in der gesamten EU bei aktuell 7,3 Prozent. Darüber hinaus gleichen die EU-Staaten ihre Haushalte langsam aus: Das durchschnittliche Defizit steht bei 1,1 Prozent des BIP.

Doch die Qualität der wirtschaftlichen Erholung ist alles andere als optimal. Aus Sicht von Marco Buti, Direktor der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen, ist „die Erholung nicht komplett, und mehrere Aspekte der Wirtschaftsexpansion sind weiterhin

---

Fortsetzung auf Seite 5

Fortsetzung von Seite 4

atypisch.“

Tatsächlich sind die europäischen Volkswirtschaften weiterhin hoch verschuldet – und die Zahl der Niedriglohnjobs ist sehr hoch. Der Chef der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, warnt seit Monaten vor den Gefahren solcher schlecht bezahlten Jobs und ihrem Einfluss auf die Inflation.

Auch Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici erklärte vergangenen November, der wirtschaftliche Aufschwung sei sehr viel „gedämpfter“ als nach vorherigen Krisen. Dies liege am „trägen“ Lohnzuwachs in den EU-Staaten.

Zusätzlich dazu bleiben die öffentlichen Investitionen weiterhin hinter den Ausgaben aus den Zeiten vor der Krise zurück. Sie stehen nur für einen niedrigen Prozentsatz der BIPs der EU-Mitglieder – trotz Initiativen wie dem Europäischen Fonds für strategische Investitionen.

Für viele junge Europäer ist die Angst um ohnehin unsichere Jobs inzwischen normal, ebenso wie niedrige Löhne und befristete Verträge.

### SCHECHTER DRAN ALS DIE ELTERN

In seinem Weißbuch zur Zukunft Europas schrieb Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker im März 2017, es gebe die „Gefahr, dass es der heutigen Jugend schlechter gehen wird als ihren Eltern.“

In Zeiten eines sich verschärfenden Wettbewerbs und technologischer Revolutionen kann Europa es sich jedoch nicht leisten, seine am besten ausgebildete Generation zu vergaulen.

Im kommenden Jahrzehnt sollen Investments in die Bildung von jungen Menschen sowie in die Wissenschaft daher eine Top-Priorität des EU-

Budgets werden. Vergangene Woche hatte Haushaltskommissar Günther Oettinger bereits angekündigt, das Austauschprogramm Erasmus und das Wissenschaftsprojekt Horizon 2020 seien die einzigen beiden EU-Programme, die im kommenden mehrjährigen Finanzrahmen ab 2021 nicht von Kürzungen betroffen sein werden.

Auch in den Haushaltsverhandlungen für das Jahr 2018 spielte der Fokus auf die Jugend sowie eine intensivere Förderung von entsprechenden Investitionen und Initiativen eine wichtige Rolle.

So verhinderte das Europäische Parlament im Herbst, dass die Mitgliedstaaten Kürzungen in Höhe von insgesamt 750 Millionen Euro für Programme aus dem Bereich „Wachstum und Arbeitsplätze“ vornehmen. Gleichzeitig wurden die Gelder für die Beschäftigungsinitiative für junge Menschen um 116,7 Millionen auf insgesamt 350 Millionen Euro erhöht.

### MEHR GELD

Das Parlament und die Mitgliedstaaten einigten sich außerdem darauf, zusätzliche 110 Millionen Euro für Horizon 2020 und 24 Millionen Euro für Erasmus aufzuwenden.

Trotzdem sind weitere Maßnahmen der Nationalstaaten sowie des Privatsektors notwendig, um jungen Menschen mehr (Job-) Möglichkeiten, bessere Gehälter und Investitionen auf Vorkrisen-Niveau zu bieten.

Es geht um viel. Aus Sicht der sozialdemokratischen EU-Parlamentsabgeordneten Maria Joao Rodrigues bleiben die sozialen Brüche innerhalb der europäischen Gesellschaften eine langfristige Herausforderung für die Stabilität der EU. Diese Gräben zu schließen müsse deswegen eine der Prioritäten der kommenden Jahre sein.

### STRUKTUREREFORMEN 2.0

Als Teil ihrer Initiative für ‚Strukturreformen 2.0‘ will die Kommission das Funktionieren des Arbeitsmarktes sowie die Erwerbsbeteiligung erhöhen, bessere Bildungs- und Ausbildungssysteme fördern, technologische Innovationen unterstützen und den Binnenmarkt der EU komplettieren.

Aus Sicht des Direktors der Europa-Abteilung des Internationalen Währungsfonds Poul Thomsen gibt es aber „deutliche Grenzen dafür, was Brüssel tun kann, um Reformen in den Mitgliedstaaten anzutreiben.“

Mit Blick auf seine Erfahrungen in den Rettungsprogrammen in Ländern wie Griechenland und Portugal erklärt er, Reformen seien langfristig am erfolgreichsten, wenn sie „möglichst hausgemacht“ sind oder erscheinen.

Thomsens Ansicht nach bietet „die derzeitige, starke zyklische Erholung die besten wirtschaftlichen Voraussetzungen“ zur Umsetzung entsprechender Reformen. Europa dürfe diese Möglichkeiten nicht verspielen.

## OPINION

DISCLAIMER: Die hier aufgeführten Ansichten sind Ausdruck der Meinung des Verfassers, nicht die von EURACTIV.com PLC.

# Was, wenn die Jugend die Wirtschaftsrealität in der EU ändern könnte?

.....

Von Luis Alvarado Martinez | European Youth Forum / Übersetzt von Tim Steins



Luis Alvarado Martinez: „Unsere Generation hat es satt, als billige Arbeitskräfte missbraucht zu werden.“ [ESB Professional/Shutterstock]

Kommission schon in vollem Gange. Dieser MFR wird die politischen Prioritäten der EU für mindestens die kommenden fünf Jahre prägen und zweifellos direkte Auswirkungen auf uns Bürger haben. Die Zukunft der Jugend steht auf dem Spiel.

Was für ein Europa wollen wir also aufbauen? Wenn unsere ideale Zukunft eine Gesellschaft ist, die auf nachhaltiger Lebensweise, hochwertigen Arbeitsplätzen sowie (Chancen-) Gleichheit für alle basiert, dann ist die Antwort eindeutig: Wir müssen in die Jugend investieren. Jetzt ist der Zeitpunkt dafür.

## INVESTITIONEN IN DIE JUGEND = INVESTITIONEN IN EUROPA

Die Entscheidung, in die Jugend zu investieren, ist keine Bevorzugung einer Generation gegenüber einer anderen. Investitionen in die jüngeren Generationen bedeuten eine Sicherung der Zukunft des europäischen Projekts selbst.

Mit Investitionen in Programme wie Erasmus+ oder die Beschäftigungsinitiative für junge

Fortsetzung auf Seite 7

In Europa freut man sich über die zwar langsame, aber stetige Steigerung der Beschäftigungszahlen sowie über das Wirtschaftswachstum. Junge Leute haben aber nach wie vor wenig zu lachen, schreibt Luis Alvarado Martinez.

Luis Alvarado Martinez ist Vorsitzender des European Youth Forum, einer Plattform, die sich aus Jugendparlamenten auf nationaler Ebene sowie internationaler Jugend-NGOs in

Europa zusammensetzt.

Wir sind die Generation, die die schwersten Lasten der Wirtschaftskrise schultern muss, und für die die Gefahr von Armut und sozialer Exklusion am größten ist.

Was, wenn wir dieses Jahr die Chance hätten, dies zu ändern?

Tatsächlich ist die Chance für einen neuen Kurs in Europa in Reichweite. Die Diskussionen um den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) sind innerhalb der Europäischen

Fortsetzung von Seite 6

Menschen bietet die Europäische Union hunderte Projekte mit dem Ziel, junge Leute zu unterstützen, gegen soziale und wirtschaftliche Exklusion zu kämpfen und zu verhindern, dass Diskriminierung und Hass in unserer Gesellschaft Fuß fassen können.

Man stelle sich vor, was erreicht werden würde, wenn die Gelder für den Kampf gegen Jugendarbeitslosigkeit erhöht oder das Erasmus+-Budget zehnmal größer wäre.

Junge Menschen machen bereits heute einen Unterschied in unseren Gesellschaften. Sie gehen Dinge anders an und bringen Veränderungen voran. Darauf muss Europa bauen, dafür muss Europa investieren.

### **ABER PASSIERT DAS NICHT BEREITS?**

Ja und nein.

Die gute Nachricht ist, dass die EU auf dem richtigen Weg ist. Die Jugendgarantie ist ein Beispiel dafür, wie die EU einen echten Unterschied im Leben junger Leute machen kann. Diese vielversprechende Initiative soll gewährleisten, dass alle jungen Menschen unter 25 Jahren innerhalb von vier Monaten nachdem sie arbeitslos geworden sind oder ihre Ausbildung abgeschlossen haben, qualitativ hochwertige Beschäftigungs- oder Fortbildungsangebote erhalten. Das ist genau der Ehrgeiz, den wir brauchen!

Die weniger gute Nachricht ist allerdings, dass die Umsetzung der Jugendgarantie, die finanziell durch die Beschäftigungsinitiative unterstützt wird, bisher weniger glatt verlaufen ist. Wir sehen die ersten positiven Auswirkungen erst jetzt.

Der Wert der Jugendgarantie im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist unbestreitbar. Was wir aber heute sehen ist ein Graben zwischen den versprochenen Effekten und den Investitionen, die tatsächlich

getätigt wurden. Gerade besonders gefährdete junge Menschen – also die Hauptzielgruppe der Jugendgarantie – wurden durch unzureichende Investitionen enttäuscht und im Stich gelassen.

Wie stellen wir also sicher, dass wir nicht weiterhin dahinter zurückbleiben, was eigentlich erreicht werden könnte?

Wir müssen direkt in die jungen Leute investieren. Das ist das Wichtigste. Wir können auch sehr viel effektiver bei der Überwachung sein, wo und wie Geld investiert wird. Um die jungen Menschen zu erreichen, die sich am weitesten von der Gesellschaft und vom Arbeitsmarkt entfernt haben, müssen wir verstehen, mit welchen spezifischen Hindernissen sie konfrontiert sind.

In dieser Hinsicht könnte die Rolle von Jugendorganisationen entscheidend sein. Sie sind in der besten Position, um den Wert und die Erfolge der Jugendgarantie zu erhöhen: Sie treten als Anknüpfungspunkte zwischen Jugendlichen und potenziellen Arbeitgebern sowie Behörden vor Ort auf. Bisher können sie aufgrund von behördlichen Hindernissen und eingeschränktem Zugang zu Geldmitteln aber nicht ihr volles Potenzial entfalten.

### **EIN ANDERER ANSATZ BEI „JUGENDTHEMEN“**

Das Europa, das junge Leute wollen, geht sehr viel weiter als diese „jeder Job ist besser als kein Job“-Mentalität. Unsere Generation hat es satt, als billige Arbeitskräfte missbraucht zu werden und in einem ewigen Kreislauf aus unbezahlten Praktika und prekären Jobs gefangen zu sein.

Der kommende mehrjährige Finanzrahmen bietet eine Chance für ein sozialeres Europa, in dem die Europäische Säule sozialer Rechte mehr ist als eine Ansammlung von Leitgedanken. Wir brauchen konkrete Maßnahmen und ausreichende

Finanzierung, um sicherzustellen, dass soziale Inklusion und soziale Rechte eine Realität für alle Menschen werden.

Um eine bessere Zukunft aufzubauen und die Lebenswirklichkeiten der jungen Europäer zu verändern, braucht es mehr als einen Blick auf die neuesten Arbeitsmarktstatistiken. Wir können nicht erwarten, die Bedürfnisse der derzeitigen und zukünftigen jungen Generationen zu befriedigen, wenn wir nicht überlegen, wie wir dies in allen Regierungsabteilungen erreichen. Das Wohl der Jugend kann nicht auf ein einzelnes Politikfeld beschränkt sein.

Wenn wir Neuerungen schaffen wollen, müssen wir sichergehen, dass Jugendinitiativen wie die Jugendgarantie Teil einer breiteren, ganzheitlichen Strategie sind. Es ist an der Zeit, eine echte Bemessungsgrundlage zu erstellen, um zu wissen, wieviel Geld die EU in die Jugend investiert. Es ist an der Zeit, ein Modell einzuführen, dass auf konkreten Ergebnissen aufbaut.

Die uns wohlbekannten Politiker-Worte, die Jugend sei die Zukunft, bedeuten absolut gar nichts, wenn sie nicht mit echten finanziellen Verpflichtungen untermauert werden. Diese finanziellen Ressourcen, die wir fordern, müssen nicht nur im kommenden MFR verankert sein, sondern auch in den Budgets der einzelnen Nationalstaaten. Damit EU-Initiativen erfolgreich umgesetzt werden, darf die Rolle der finanziellen und politischen Unterstützung durch die Mitgliedstaaten nicht unterschätzt werden.

Das European Youth Forum und unsere Mitgliedsorganisationen auf dem ganzen Kontinent sind bereit, für bessere Lebenswirklichkeiten für junge Menschen in Europa zu kämpfen. Unsere Stimme darf von den Diskussionen nicht ausgeschlossen werden.

Es ist ganz einfach: Wir können es uns nicht leisten, für die Zukunft Europas nicht in die Jugend zu investieren.

## INTERVIEW

# „Verstöße gegen das Arbeitsrecht im Rahmen der EU-Jugendinitiative sind nicht hinnehmbar“

.....

Von Sarantis Michalopoulos | EURACTIV.com / Übersetzt von Tim Steins



Menschen, die weder in Ausbildung noch in Arbeit sind [‘Not in education, employment or training’, NEET], in Zukunft besser erreicht werden müssen.

Ich möchte hier darauf hinweisen, dass die Mitgliedstaaten ihre Aufgaben erfüllen und effiziente Maßnahmen vorlegen müssen. Die BJM soll dabei als zusätzliches Instrument zu dringend benötigten Bildungsreformen gesehen werden, um Unter- bzw. Fehlqualifizierung zu vermeiden. Wenn alle diese Maßnahmen angenommen und umgesetzt werden, können junge Leute nachhaltig in den Arbeitsmarkt integriert werden. Meiner Ansicht nach hat das Parlament gute Vorschläge gemacht, wie die BJM verbessert werden kann. Ich hoffe, dass die Mitgliedstaaten in Zukunft entsprechende Daten und bessere Resultate vorlegen können.

**D**ass in einigen Mitgliedstaaten im Rahmen der EU-finanzierten Beschäftigungsinitiative junge Menschen lediglich für einen Monat oder weniger angestellt werden, darf nicht toleriert werden, sagt MEP Romana Tomc im Interview mit EURACTIV.com.

Die Slowenin Romana Tomc ist Mitglied der Fraktion der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament. Sie sprach mit Sarantis Michalopoulos von EURACTIV im Vorfeld der Veröffentlichung eines Berichts zur Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen in den Mitgliedstaaten, über die am heutigen Donnerstag in

Straßburg abgestimmt wird.

**EURACTIV: Was ist das Fazit zur Umsetzung der Beschäftigungsinitiative für junge Menschen (BJM)? Ist das Parlament zufrieden mit den Bemühungen der EU-Mitgliedstaaten?**

Romana Tomc: Die Antwort unterscheidet sich je nach Staat. Finnland war dabei sicherlich sehr erfolgreich, andere südliche Länder leider weniger. Das Haupt-Fazit unseres Berichts ist, dass wir politisches und finanzielles Engagement als Unterstützung für die BJM als stabiles, zielgerichtetes Instrument ausdrücken wollen. Wir unterstreichen, dass junge

**Was kann die EU in Bezug auf die fehlenden Daten bei der Umsetzung solcher Initiativen beitragen?**

Die erste schriftliche Einschätzung, oder der erste Bericht, hat uns gezeigt, dass es viele Probleme gibt, die wir angehen müssen. Diese finden Sie im

Fortsetzung auf Seite 9



Fortsetzung von Seite 8

Bericht des Rechnungshofs. Alle Länder sollten sicherstellen, dass solche Daten erhoben werden. Andernfalls ist eine Beurteilung unmöglich. Die Haupt-Messung sollte sein, dass wir die BJM fortführen, sie aber in Bezug auf die Datenerhebung besser machen wollen.

**In Ihrem Bericht schreiben Sie, die Jugendgarantie solle ein „erster Schritt in Richtung eines auf Rechtsnormen basierten Konzepts“ zur Beschäftigung von jungen Menschen sein. Wie kann dies in Ländern erreicht werden, die hart von der Krise getroffen wurden und wo die Arbeitsbedingungen nicht immer dem EU-Standard entsprechen?**

Dieser Paragraph steht noch zur Debatte, bis am Donnerstag abgestimmt wird. Wir müssen also bis Donnerstag abwarten. „Auf Rechtsnormen basierend“ bedeutet, dass junge Menschen einen gewissen Standard erwarten können, wenn sie ihre Arbeitsverträge erhalten. Ich sehe darin auch eine Frage der Qualität des Arbeitsangebots. Es gab Beispiele in einigen Ländern, wo junge Menschen unter der BJM nur für einen Monat oder sogar weniger angestellt wurden. Das darf nicht passieren und nicht die Norm sein – insbesondere, wenn die EU diese Initiative finanziert. Wenn so etwas passiert, senden wir vollkommen falsche Signale. Ich stimme Ihnen zwar zu, was schwierige Arbeitsmarktsituationen und den Anstieg atypischer Anstellungsverhältnisse angeht, aber wir müssen uns ganz klar gegen arbeitsrechtliche Verstöße im Rahmen der BJM positionieren.

**Trotz unterschiedlicher Maßnahmen der EU scheint der Brain-Drain in manchen Staaten ein Problem zu bleiben. Darüber hinaus gibt es nur in wenigen Ländern eine Verzahnung zwischen Anstellung und (Aus-) Bildung. Sind das Zeichen dafür, dass**

**der EU-Binnenmarkt noch nicht richtig funktioniert?**

Die Frage der Arbeitsmärkte ist schwierig, und in vielen Ländern gibt es ein Qualifikations-„Mismatch“, also ein Missverhältnis zwischen Qualifikationsangebot und Qualifikationsnachfrage. Die Verzahnung von Bildung und Anstellung sollte deswegen eine grundlegende Reform in allen EU-Staaten sein.

Der Binnenmarkt ist eine der größten Errungenschaften der EU. Aber ehrlich gesagt fehlt ihm nach wie vor eine Antwort auf Probleme, die sich aus den vier Freiheiten ergeben, insbesondere der Bewegungsfreiheit. Die Konsequenz, wenn jemand im Ausland arbeitet, ist nicht nur Abwanderung und Brain-Drain im Heimatland, sondern auch eine Frage nach Rentenansprüchen, Arbeitslosengeld, Kindergeld usw. Deswegen glaube ich, dass sich der Binnenmarkt immer noch im Aufbau befindet.

**Die EU unterstreicht den Bedarf an zusätzlicher Unterstützung für sogenannte NEETs. In vielen Ländern ist dieser Begriff aber vollkommen unbekannt und das Problem wird ignoriert. Stellen sich die EU-Staaten blind oder haben die EU-Institutionen es einfach nicht geschafft, sie von den ernststen Auswirkungen auf ihre Gesellschaften zu überzeugen?**

Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass 16 Millionen NEETs an Jugendgarantie-Initiativen teilgenommen haben und dass die BJM direkte Unterstützung für mehr als 1,6 Millionen betroffene junge Leute in der EU geleistet hat.

Es stimmt aber, dass die Mitgliedstaaten nicht genug getan haben, um das Problem anzugehen.

Das Problem ist, dass wenn jemand ein NEET ist, er oder sie eine hohe Wahrscheinlichkeit hat,

langzeitarbeitslos zu werden. In Irland wurde dieses Problem meiner Meinung nach sehr clever angegriffen. Die Regierung dort hat den Bürgern Geld angeboten, wenn sie sich arbeitslos melden. So erhielt sie verlässliche Statistiken über die Anzahl an NEETs im Land.

Ich glaube nicht, dass die Länder sich blind stellen. Ich denke, sie hatten nicht genug Zeit, um Forschungen anzustellen und angebrachte Reformen einzuführen. Stattdessen nutzten sie einfach BJM-Gelder, um bestehende nationale Reformen zu ersetzen.

**Was sollte Ihrer Meinung nach die Rolle der Zivilgesellschaft, insbesondere von Jugendorganisationen, beim Thema Jugendarbeitslosigkeit sein? Und glauben Sie, dass solche Organisationen aktuell ausreichend Platz und Plattformen haben, um ihrer Stimme Gehör zu verleihen?**

Die Situation unterscheidet sich in den einzelnen EU-Regionen. In einigen Mitgliedstaaten ist es tatsächlich so, dass Jugendorganisationen nicht ausreichend eingebunden werden. Dort können wir also von einem Mangel an Bottom-Up-Ansätzen sprechen. In meinem Heimatland Slowenien ist dies aber beispielsweise nicht der Fall. Dort wurden Jugendorganisationen breit in die Umsetzungsprozesse eingebunden.

Es hängt also wieder von den einzelnen EU-Staaten ab. Im Bericht spreche ich den Mangel an Einbindung von Jugendorganisationen in die Umsetzungsprozesse aber an, damit die Staaten dieses Problem in naher Zukunft besser angehen können.

# Die duale Berufsausbildung in Deutschland - Blaupause für Europa?

.....

Von Ama Lorenz | EURACTIV.de



Eine langfristige Strategie zur Bekämpfung der jugendarbeitslosigkeit in Europa, könnte in der Adaption eines dualen Ausbildungssystems in anderen EU-Staaten liegen, das sich in Deutschland seit Jahren gut behauptet. [shutterstock/ALPA PROD]

Um der stagnierend hohen Jugendarbeitslosigkeit in Europa zu begegnen, hat die EU eine Reihe von Initiativen und sogenannten „Garantien“ verabschiedet. Eine langfristige Strategie könnte in der Adaption eines dualen Ausbildungssystems in anderen EU-Staaten liegen, das sich in Deutschland seit Jahren gut behauptet.

In Portugal hat Mafalda Informatik studiert. Arbeit fand sie nach ihrem Abschluss nicht. „Das Studium war viel zu praxisfern, zu viel Theorie, die mir auf dem Arbeitsmarkt wenig genutzt hat,“ so die 26-jährige Portugiesin. „Entweder macht man in Portugal eine

Lehre – dann fehlen dir aber oft die theoretischen Grundlagen. Oder du studierst wie ich und dann können die Betriebe oft nichts mit dir anfangen, weil dir die praktische Erfahrung fehlt.“

Seit einem Jahr macht Mafalda eine Ausbildung zur Elektronikerin in einem Berliner Unternehmen. „Hier darf ich mit den modernsten Systemen arbeiten und habe nach der Ausbildung gute Chancen, in meinem Beruf auch arbeiten zu können. Ob das nun hier in Deutschland ist, oder in Portugal.“

Die Verbindung von Theorie in einer Berufsschule und Praxis in einem Ausbildungsunternehmen hat in Deutschland bereits Tradition.

Mithilfe des sogenannten dualen Berufsbildungssystems soll die Integration von Jugendlichen in den Arbeitsmarkt besser und schneller gelingen.

## MANGELNDE BERUFLICHE QUALIFIKATION ALS HEMMSCHUH

Waren laut Destatis im November 2017 durchschnittlich 18,2% der Jugendlichen in der Eurozone arbeitslos, so liegt die Jugendarbeitslosigkeit in Deutschland mit 6,6% im internationalen Vergleich

Fortsetzung auf Seite 11

Fortsetzung von Seite 10

auf einem sehr niedrigen Niveau. Nicht nur deshalb ist das Interesse am deutschen Berufsbildungssystem sehr groß.

In einer Umfrage von McKinsey (2013) in acht europäischen Ländern gaben 27% der befragten Unternehmen an, dass sie Stellen nicht besetzen konnten, da die Jugendlichen nicht über die entsprechenden Qualifikationen verfügten.

Erst im November 2017 hat die Europäische Kommission eine Empfehlung mit 14 Schlüsselkriterien für hochwertige und nachhaltige Berufsbildung vorgestellt. Die Initiative soll den Mitgliedstaaten aus dem Bildungsbereich Vorschläge an die Hand geben, wie Berufsbildung hochwertig und nachhaltig an die Anforderungen des Arbeitsmarkts angepasst werden kann.

„Kriterien, die in Deutschland im Wesentlichen schon längst umgesetzt sind“, so Dr. Regina Flake, verantwortlich für das Projekt Kompetenzzentrum Fachkräftesicherung am Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW). Ein Patentrezept für andere Länder gebe es aber dennoch nicht, so Flake. „Was in Deutschland selbstverständlich ist, nämlich, dass deutsche Unternehmen die duale Ausbildung unterstützen und sogar eine Ausbildungsvergütung zahlen, ist in anderen europäischen Ländern eben nicht so selbstverständlich. Aus diesem Grund ist ein Wissenstransfer sehr wichtig, wohl wissend, dass man Ausbildungssysteme nicht eins zu eins kopieren kann.“

### ANDERE LÄNDER, ANDERE TRADITIONEN

Die Studie des IW\*, an der Flake mitwirkte, zeigt, dass die für die duale Ausbildung notwendigen Rahmenbedingungen in den analysierten sieben europäischen Ländern sehr unterschiedlich sind.

„Die Berufsausbildung bleibt in vielen Ländern noch weit hinter ihren Möglichkeiten zurück“, heißt es in der Studie.

Damit praxisnahe Berufsausbildungen der jungen Generation einen leichteren Weg in die Arbeitswelt ermöglichen, braucht es ein Zusammenspiel der unterschiedlichen Sozialpartner, anpassungsfähige Ausbildungspläne, aber auch gesamtwirtschaftliche Entwicklungen, die den Arbeitsmarkt stimulieren. „Hinzu kommt vor allem in den südeuropäischen Ländern ein großes Imagestigma der Berufsausbildung“, so Flake. Eine Berufsausbildung hat meist ein geringeres Ansehen als ein Studium. Deshalb müssten Politik und Wirtschaft gemeinsam stärker dafür sorgen, dass eine berufliche Ausbildung von den Jugendlichen wie auch von ihren Eltern als attraktive, gleichwertige Option wahrgenommen wird.

Auch die Berufsberatung müsste dementsprechend angepasst werden – ein Prozess, der nicht kurzfristig erfolgen kann, aber wesentlich für die erfolgreiche Einführung von dualen Ausbildungssystemen ist.

Maßnahmen, wie die so genannte „Jugendgarantie“ der EU-Kommission haben indes wenig gebracht. Nicht nur, dass die „Garantie“, jedem arbeitslos gewordenen Jugendlichen spätestens nach vier Monaten eine Beschäftigung oder einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen, nicht eingelöst worden ist. Auch andere Studien verweisen darauf, dass 2017 vielmehr die Hälfte aller arbeitslosen Jugendlichen in der EU schon länger als sechs Monate arbeitslos waren.

### ERFOLGSSTORY, ABER KEINE BLAUPAUSE

„Für meine Eltern war es nicht einfach, als ich mich entschieden hatte, nach meinem Studium noch eine Berufsausbildung zu beginnen

– und dann noch so weit weg, in Deutschland“, erzählt Mafalda. „Aber so eine Ausbildung wie hier, gibt es eben in Portugal nicht. Und vielleicht kann ich sogar in diesem Betrieb bleiben. Ich mag das Arbeitsklima und auch das Angebot an Weiterbildungen. In meinem Beruf gibt es ständig technische Entwicklungen. Will ich zukünftig am Arbeitsmarkt gefragt bleiben, muss ich mich auch weiterbilden können.“

Damit die Kombination aus arbeitsweltbasiertem Lernen und Berufsausbildung in Europa keine Ausnahme bleibt, tragen laut Flake folgende Faktoren zum Erfolg bei: eine starke Einbindung der Sozialpartner, eine hohe Mobilität der Jugendlichen, ein besseres Image für die Ausbildung und gezielte Berufsberatung, Ausbildungspläne, die mit den aktuellen Entwicklungen Schritt halten, inhaltspezielle Angebote für leistungsstarke und leistungsschwache Jugendliche sowie die Durchlässigkeit des gesamten Bildungssystems.

Gerade was die Durchlässigkeit und die Flexibilität der Ausbildungspläne betrifft, so kann auch Deutschland noch von seinem europäischen Nachbarn Schweiz viel lernen. Bildungssysteme sind eben nicht nur nicht kopierbar, sondern auch nicht starr.

*\*Die Studie wurde gemeinsam durch das IW, die Hans-Böckler-Stiftung der Gewerkschaften, die Vodafone Stiftung Deutschland sowie die Konrad-Adenauer-Stiftung finanziert.*

# Forschung und Bildung: „Verlorenes Jahrzehnt“ vermeiden

By Jorge Valero | EURACTIV.com



Die Kommissarin für Regionale Politik, Corina Crețu, und Haushaltskommissar Günther Oettinger während einer Pressekonferenz im vergangenen Jahr. [European Commission]

**K**luge Ausgaben und ein Fokus auf zukunftsorientierte Prioritäten wie Entwicklung und Bildung werden ein Schlüssel zu mehr Arbeitsplätzen sein.

Es darf kein weiteres „verlorenes Jahrzehnt“ geben: Vertreter der Nationalregierungen und der EU-Institutionen trafen im Januar zu einer hochrangigen Konferenz für den neuen langfristigen Budgetplan der EU von 2020 bis 2027 zusammen.

Weder die Lissabon-Strategie noch Europe 2020 haben es geschafft, Europa in die dynamischste und wettbewerbsfähigste Region der Erde zu verwandeln.

Die aktuelle digitale Revolution wird von US-Riesen wie Facebook, Google, Amazon, Apple oder Microsoft angeführt. Lange bestehende, traditionelle europäische Unternehmen haben Schwierigkeiten, erfolgreich ihre Entwicklung hin zur vierten industriellen Revolution zu

vollenden.

Hunderttausende Jobs gingen in Folge der Weltfinanzkrise verloren. Obwohl viele Menschen erfolgreich zurück in einen Arbeitsplatz gefunden haben und die Arbeitslosenquote innerhalb der EU auf 7,3 Prozent gesunken ist, könnte die Automatisierung noch viel mehr Jobs bedrohen, als die „Große Rezession“ der vergangenen Jahre.

Fortsetzung auf Seite 13

Fortsetzung von Seite 12

Dem Bericht zu globalen Risiken des Weltwirtschaftsforums 2018 ist zu entnehmen, dass „systematische Herausforderungen sich dramatisch intensivieren inmitten zunehmender Indikatoren von Unsicherheit, Instabilität und Brüchigkeit.“

Im Angesicht dieser Herausforderungen wollen die EU-Mitgliedsstaaten ihre Volkswirtschaften wettbewerbsfähiger machen, indem sie mehr in Innovationen investieren.

### GELD UND PRIORITÄTEN

In diesem Kontext ist der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) das Schlüsselinstrument des Staatenblocks, seine finanziellen Möglichkeiten zu mobilisieren.

Sigmar Gabriel, deutscher Vizekanzler und Außenminister, sagt dazu, der langzeitige Haushaltsplan sei ein politisches Instrument, „nicht nur Buchhaltung“.

„Geben wir genug für die richtigen Dinge aus?“ fragte er das Publikum beim Wirtschaftstreffen in Davos und fügte an, dass Europa erwägen solle, sein Budget zu erhöhen, um mit den sich immer schneller wandelnden Realitäten mithalten zu können.

Karel Luyben, Direktor der TU Delft (Niederlande), erklärt, dass es bei Bildungsinvestitionen immer verhältnismäßig lange dauert, bis Effekte sichtbar werden. Diese seien

dafür aber auch „erheblich größer und langlebiger.“ Seiner Ansicht nach ist „die Kombination aus Bildung und Forschung die beste Option für langfristige Erträge und Erfolge.“

Aktuell gehen zwei Drittel des EU-Budgets an die gemeinschaftliche Agrarpolitik und Kohäsionsfonds. Für einige Länder, darunter Deutschland, die Niederlande und Österreich, sollte diese Politik der Vergangenheit angehören. Einige Nationalregierungen rufen daher dazu auf, tiefe Einschnitte bei den Agrarsubventionen und den Finanzausschüssen für Infrastrukturprojekte vorzunehmen.

EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger kündigte an, dass die einzigen beiden Bereiche, die im kommenden MFR keine Budgetkürzungen erleiden werden, das Forschungsprogramm Horizon 2020 und das Austauschprogramm Erasmus sein werden.

Unterstützer der Kohäsionspolitik, die das EU-Budget im Zeitraum 2014 bis 2020 mit rund 350 Milliarden Euro belastet, verteidigen diese als Investition, um Europa als Region wettbewerbsfähiger zu machen.

„Wir glauben, dass ein stärkeres Europa nur entstehen kann, wenn die Menschen sich sicherer fühlen und die Wettbewerbsfähigkeit widerstandsfähiger ist,“ sagt beispielsweise János Lazar, Staatssekretär des ungarischen Präsidialamtes. Die Kohäsionspolitik sei eine „Win-Win Situation“,

da sie allen dient und die Wettbewerbsfähigkeit allgemein steigert.

### BESTRAFEN, WO ES AM MEISTEN SCHMERZT

Der nächste MFR könnte auch zu einem Mittel zur Bestrafung von Mitgliedsstaaten werden. Aktuell herrscht die Sichtweise vor, EU-Mittel sollten gänzlich an die Erfüllung von EU-Recht gebunden werden.

Einige Institutionen haben bereits erwägt, die Vergabe von EU-Geldern auch an die Umsetzung von Strukturreformen zu knüpfen. Bereits Ende 2012 regte ein gemeinsamer Bericht der Präsidenten der EU-Institutionen an, die Mittel an die Bedingungen von Strukturreformen zu knüpfen.

Ein „großer Appetit“ sei vorhanden, solche Bedingungen einzuführen, sagte Lilyana Pavlova, Ministerin für die bulgarische Ratspräsidentschaft. Sie warnte aber: „Wir müssen sehr vorsichtig sein,“ wenn die Bedingungen letztendlich umgesetzt werden, da sie sich als kontraproduktiv gegenüber den übergeordneten Zielen der EU erweisen könnten. Beispielsweise sollten diese Bedingungen nicht ausschließlich für die Kohäsionsausgaben greifen.

 Weitere Informationen zu Special Reports von **EURACTIV**

#### Kontaktieren Sie uns

**Cristina Zygomalas**  
Director, Public Projects  
cristina.zygomalas@euractiv.com  
tel. +32 (0)2 788 36 64

**Daniela Vincenti**  
Editor-in-Chief  
daniela.vincenti@euractiv.com  
tel. +32 (0)2 788 36 69